

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

289 (11.12.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abholt 1.80 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkassier 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich voranzahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 431. Anzeigen: Die Typat. Kolonialzeit. od. deren Raum 20 S., Reklamen 1.-M., zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag; Fotoanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/2 vorm., für groß. Aufträge nach zuvor.

Die Entente und die innerpolitische Lage in Deutschland.

Berlin, 10. Dez. Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ glaubt feststellen zu können, daß sich der Oberste Rat hier bei über die Gefahr, die deutschen Revolutionäre durch allzu straffes Spannen des Bogens zu begünstigen. Der Rat sei daher zu Mildeurungen geneigt. Die Pariser und Londoner Drahtungen des „Secolo“ lassen den Gegensatz der französischen und englischen Auffassung über das Ultimatum an Deutschland erkennen. Der römische Gewährsmann des „Secolo“ macht für die heutigen Schwierigkeiten den Versäulter Frieden und die Lockerung des Vierer-Bundes verantwortlich. Die Rettung könne nur durch eine territoriale Wiederherstellung Europas auf Grund des Nationalitätenprinzips, sowie durch Befestigung jeder Gewalt Herrschaft durch Abrüstung und Völkervereinigung. Statt der Regierungen müßten die Völker auf diesem Weg vorangehen.

Berlin, 11. Dez. Wie das „Berliner Tageblatt“ von unterrichteter Seite über die gestrige Beratung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten erfahren haben will, habe sich eine nahezu volle Übereinstimmung zwischen den Ansichten der Regierung und denen der Parlamentarier ergeben. Die Stellungnahme der Deutschen Regierung in der Frage der Ablieferung von 400 000 Tonnen Westmaterial ist auf geschickten und der Vorladung, eine Sachkommission unter Leitung von Geheimrat v. Sinsin nach Paris zu senden, um der Entente an der Hand eines genauen Verzeichnisses des in unserem Besitz befindlichen Westmaterials die Unmöglichkeit ihrer Forderungen darzustellen, angenommen worden.

Die Schuld der führenden deutschen Militärs.

Am Dezemberfest der „Deutschen Jahrbücher“ spricht Hans Delbrück über den Untersuchungsanspruch und kommt dabei auf den Zeugen Ludendorff. Derselbe führt u. a. aus: „Was dem General Ludendorff zum Vorwurf gemacht wird, ist nicht, daß er überhaupt keinen Frieden gewollt habe, sondern, daß er als ehrenvoll allein einen Frieden betrachtet, der nicht nur für uns unerschickbar, sondern auch für die Welt unannehmbar und deshalb staatsmännisch verwerflich war. Derselbe die Forderung dieses allein angeblich ehrenvollen Friedens haben General Ludendorff und seine Gefolgsleute dem deutschen Volk ins Unglück geführt. Diese Schuld können sie nicht von sich abwälzen; weder dadurch, daß sie auf den Bestandswillen des Feindes hinwiesen, mit dem ein Verständigungsfrieden unmöglich gewesen sei, noch dadurch, daß sie die Forderung unserer Front durch die revolutionäre Agitation, die „Erdbebung von hinten“ anlagern. Es ist nicht wahr, daß darüber überhaupt kein Verstandigenwille vorhanden gewesen sei; ich verweise noch einmal darauf, daß auch Herr Helfferich das jetzt angibt. Es kam darauf an, daß wir diesen Verständigungswillen, statt ihn durch die übertriebenen Forderungen zu lähmen, durch die offene Erklärung über Belgien befestigten. Selbst unsere revolutionären Agitatoren wäre ihre beste Waffe aus der Hand gerissen worden, wenn man im Volke allgemein die Ueberzeugung gehabt hätte, daß die Oberste Oberleitung mit den wilden Phantasien in der „Deutschen Tageszeitung“, in der „Täglichen Rundschau“ und der ganzen alldutschen Presse nichts zu tun habe; daß von deutscher Seite nichts, schließendings nichts verdammt worden sei, der Welt wieder Frieden zu geben.“

Hauptmann v. Kessel will sich duellieren.

Berlin, 10. Dez. Hauptmann v. Kessel hat dem Kommandeur Dr. Rump durch zwei Offiziere eine Forderung überbringt, noch im Gerichtsaal in Gegenwart mehrerer Zeugen vor Hauptmann v. Kessel auszusprechen und ihm damit die größte Verachtung zum Ausdruck gebracht hat, ferner weil er den Hauptmann v. Kessel der Schurkelei der Niedertracht und der bewußten Lüge geziehen hat. Da Kommandeur Dr. Rump erklärte, mit Hauptmann v. Kessel nichts mehr zu tun haben zu wollen, wurden ihm von zwei seiner Beauftragten drei weitere Forderungen, nämlich von dem Bruder und zwei Freunden Kessels, überbracht. Hauptmann v. Kessel hat einen Urlaub erhalten. Wenn v. Kessel jetzt gemühtlich in Urlaub gehen sollte, wird das in den weitesten Volkskreisen nicht verstanden werden. Wir erheben auch lebhaft dagegen Protest, daß diesem Menschen die Möglichkeit gegeben wird, sich der Verantwortung der ihm nachgesagten Verbrechen zu entziehen.

Hauptmann v. Kessel verhaftet.

Berlin, 11. Dez. (Privatmeldung.) Hauptmann von Kessel ist gestern nachmittags in seiner Wohnung verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Arbeitsplan der Nationalversammlung.

Berlin, 11. Dez. Die Nationalversammlung beabsichtigt, am 18. Dezember in die Weihnachtsferien zu gehen. Bis dahin will sie noch eine Reihe wichtiger Beschlüsse erledigen. Der Reichsfinanzminister Erzberger besteht darauf, daß die Steuerentwürfe, Landessteuergesetze, Einkommensteuer und Kapitalertragsteuer und ebenso das Kataster noch vor den Ferien erledigt werden. Ebenso soll das Betriebsratsgesetz noch vor Weihnachten verabschiedet werden. Die Nationalversammlung wird voraussichtlich erst Mitte Januar wieder zusammentreten.

Die sozialdemokratische Fraktion zum Fall Ellarz.

Berlin, 11. Dez. (Privatmeldung.) Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat nunmehr zum Fall Ellarz Stellung genommen und nach längerer Debatte, ob man zur reiflichen Klärung der Affäre eine Untersuchung durch die Partei oder durch einen parlamentarischen Ausschuss einleiten oder ob man die Gerichtsverhandlung abwarten sollte, einigte man sich auf die letztere Möglichkeit.

Verhaftungen im Saargebiet.

Saarbrücken, 10. Dez. Die Franzosen haben Dienstag früh den Landrat Polizeidirektor v. Gassen und den Regierungsassessor v. Salmutz verhaftet und sie über das rechte Rheintor abgeführt. Den beiden Damen wurde nur 24 Stunden Zeit zur Regelung ihrer persönlichen Angelegenheiten belassen.

Wiedereinführung des Religionsunterrichts.

Hamburg, 11. Dez. Vom 1. Januar 1920 ab wird der Religionsunterricht in den Schulen Hamburgs wieder für Lehrer und Schüler wieder eingeführt.

Weitere Demobilisierung in England.

London, 11. Dez. Der abgeänderte Vorschlag für das Meer sieht eine Verabreichung der Heereskräfte ab 1. März 1920 auf 400 000 Mann vor, von denen ein Teil noch demobilisiert wird.

Die englischen Bergarbeiter und die Nationalisierung der Bergwerke.

London, 10. Dez. In London wurde ein Sonderkongress der Bergarbeiter eröffnet, der über den durch Nichterfüllung der politischen Forderungen der Arbeiter entstandenen Zustand beraten soll. Eine einstimmig angenommene Resolution spricht sich dafür aus, eine Propaganda für die Nationalisierung der Bergwerke zu eröffnen und im Februar eine besondere Konferenz einzuberufen, die darüber Beschluß fassen soll, in welcher Weise die Regierung gezwungen werden kann, die Forderung auf Nationalisierung anzunehmen.

Die amtlichen Dokumente über die Vorgeschichte des Kriegsausbruchs.

Berlin, 11. Dez. Bei einer Pressekonferenz wurden den anwesenden Zeitungsjournalisten die vier Bände der amtlichen deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch ausgereicht. Zugleich wurde ihnen eine Anzahl Telegramme in einem Auszug überreicht, die von den Bearbeitern als besonders wichtig angesehen wurden.

Eine Anfrage Tirols an die Entente.

Wien, 11. Dez. Wie der Korrespondenzbezirk aus Innsbruck telegraphiert wird, werden in der heutigen Sitzung des Tiroler Landtages drei Parteien, die christlich-sozial, die sozialdemokratische und die deutsch-nationale Partei, im Reichstag eine Anfrage an die Entente richten, ob diese dem Lande Tirol wirtschaftliche Hilfe angedeihen lassen wolle, da es sonst gezwungen sein werde, seine wirtschaftliche Existenzlage durch Anschluß an das Deutsche Reich bzw. an Bayern zu retten.

Annunzio mit dem Herz in den Hofen.

Paris, 10. Dez. Wie die Pariser Ausgabe des „Nouvel Herald“ meldet, soll Annunzio flüchten lassen wollen, weil Kauterieren in seinen Truppen zu befürchten seien.

Die Kabinettskrise in Tschecho-Slovakien.

Prag, 10. Dez. Der Präsident der Republik nahm die Demission der sozialistischen Partei angedehnten Minister nicht zur Kenntnis, da ihre Demission politisch nicht begründet sei. Die Regierung wird, um zu einem vorläufigen Einverständnis zwischen den beiden Arbeiterparteien zu gelangen, eine Neuordnung zum Schutze des freien Koalitionsrechts erlassen.

Von der amerikanischen Bergarbeiterbewegung.

Indianapolis, 10. Dez. Die Leitung des Bergarbeiterbundes war zu einer Vertagung der Vorschläge des Präsidenten Wilson zusammengetreten. Nach diesen Vorschlägen sollen die streikenden Bergleute die Arbeit sofort wieder aufnehmen. Ihre Gehälter sollen um 14 Proz. erhöht werden. Außerdem soll eine Kommission ernannt werden, die mit dem Studium der Gehaltsfrage betraut wird, um die Löhne in Einklang mit den gesteigerten Lebensmittelpreisen zu bringen.

Amerikas Rolle im Weltkrieg.

Berlin, 10. Dez. Der „Berliner Lokalanzeiger“ entnimmt dem Dezemberfest der „Süddeutschen Monatshefte“ einen Hinweis des Herausgebers Professor Gohmann auf Vierung Nr. 101 des großen Werkes des französischen Historikers und früheren Ministers des Aushern Sautay über den Weltkrieg, wo es heißt:

Als vor der Marne schlug die hervorragende französische Politik einen sofortigen Frieden mit Deutschland wünschten, erschienen bei der französischen Regierung drei amerikanische Gesandte, der damalige Vorkämpfer in Paris, sein Vorgänger und sein Nachfolger, und beschworen die Regierung, fest zu bleiben, indem sie ihr das Versprechen gaben, daß Amerika in den Krieg eingreifen sollte. Wir sind in Amerika vorerst nur 30 000 einflußreiche Leute, die den Eintritt Amerikas in den Krieg wollen, aber in einiger Zeit werden wir 100 Millionen sein. Eine mit diesen Leuten verknüpfte Partei erklärte dem Professor Gohmann für die angewandt werden sei, ein Jahr lang die Meinung in den Vereinigten Staaten bis in die vorangegangenen, überließ sich für amerikanische Bedürfnisse.

Der Matrosenmord in Berlin.

Der Prozeß Marloh in Berlin, der mit der Freisprechung des Angeklagten geendet hat, brachte wieder einmal alle Schrecken des Bürgerkrieges in Erinnerung. Wir rekapitulieren noch einmal kurz die Vorgänge, die dem Prozeß und dem grausigen Vorgänge zu Grunde lagen, der mit der Erschießung von 32 Angehörigen der Volksmarine-Division in einem Hause in der Französischenstraße geendet hat. Auf militärischen Befehl, den der so fassam bekannt gewordene Oberst Reinhard erlassen hatte. Angehörige der Volksmarine-Division waren nach dem genannten Hause zum Übungszweck bestellt worden — von wem, ist z. B. noch nicht völlig geklärt. Die militärischen Machthaber mißtrauten diesem Appell, ließen vorher die Lokalfürsten eingehend beschließen, das Gebäude besetzen und jeden zum Appell antretenden Matrosen gefangen nehmen. Ein Leutnant Marloh, der im Kriege zum Küppel geschossen worden war, dem allein in einem Falle etwa 30 Granatsplitter aus dem Kopfe entfernt werden mußten, war mit der Ausführung des Auftrages beauftragt worden. Mit etwa 50 Mann und einigen Maschinengewehren entledigte sich der Offizier dieses Auftrages. Als etwa 300 Matrosen versammelt worden waren und — wie der Offizier behauptet — auf der Straße vor dem Hause sich Menschenmassen ansammelten, geriet er in Kurve und erbat Verstärkungen, da nach seiner Meinung die zahlenmäßige Uebermacht der Gefangenen ihn und die Besatzung leicht überwinden könnte. Die erbetenen Verstärkungen konnten nun mitten in den Straßenkämpfen nicht gleich gegeben werden, dafür aber hat der Oberst Reinhard durch einen Offizier dem Leutnant Marloh mitteilen lassen, er, der Oberst, sei während auf den Offizier, weil so schnell gegen die Matrosen vorgegangen werde; Marloh solle erschießen lassen, was er habe — auch wenn er 300 Mann erschließen müsse. Der Offizier nun schärft die Angaben der Zeugen. Es ist nicht einwandfrei festgestellt, ob Reinhard diese Verurteilung als Befehl gemacht hat, oder ob er nur beiläufig gesagt habe; Marloh solle das zwischen sich behalten. Der Offizier, der Marloh die Aufforderung des Obersten überbracht hatte, die Verurteilung als einen dreifachen Befehl aufgeföhrt. Marloh selbst war zunächst über diesen Befehl entsetzt und sagte zu dem ihm bekannten Befehlshaber: „Du bist wohl verrückt, ich weiß allein, was ich zu tun habe.“ Aber an einen Befehl glaubte auch Marloh und auf dem Kannte er einen anderen Befehl, wonach mit äußerster Strenge gegen alle Personen vorgegangen werden sollte, die mit der Waffe in der Hand kämpfend angetroffen werden. Der hier einschlagende Befehl lautete, daß nach Kriegsgebrauch behandelt werden sollte, wer kämpfend mit der Waffe in der Hand angetroffen wird. Marloh wählte nun 32 Mann aus, die ihm besonders „verdächtig“ erschienen und ließ sie im Hofe des Gebäudes einfach über den Hausen fällen, also eine unerbittliche Schießerei unter wehrlosen Menschen veranstalten. Wer durch das Schußfeuer, das auf die Opfer abgegeben worden ist, nicht gleich tot war, wurde dann von den Soldaten mit dem Revolver erledigt, bis auf einen, der sich retten konnte, aber seinen Bruder tot liegen lassen mußte. Über die ungeheuerliche Brutalität wurden dann mehrere Protokolle angefertigt, die, wie nunmehr feststeht, die Tatsachen in einer für die Wechselsache günstigen Weise darzustellen sich bemühten. Marloh hatte sich wegen der Tat vor dem Kriegesgericht zu verantworten. Wie immer man diesen, durch sechs- oder siebenmalige Verwundung sicherlich schwer geschädigt mitgenommenen Mann denken mag, er ist noch die sympathische Figur. Er glaubte sich und seine Truppe auf äußerste gefährdet und hatte auf die Matrosen einen glühenden Haß, der ja in den weitesten Schichten damals gehend worden ist. In der Tat befanden sich bei der Volksmarine-Division über 60 000 Mann, aber am meisten sind die Matrosen in Berlin durch die Tatsache gekommen, daß viele Verbrecher sich Matrosenanzüge beschafft und dann als „Angehörige“ der Marine verbrochen auf Verbrechen verurteilt hatten, was alles den Matrosen aufs Konto geschrieben werden ist. Wer eine furchtbare Marzwoche in Berlin miterlebt hat, weiß, wie die Leidenschaft und die sinnlosesten Gerüchte die Menschen beherrschten. Daß ein junger Offizier dabei den Kopf verlieren konnte, ist verständlich; daß man aber einen verurteilten und durch schwere Verwundungen körperlich sehr mitgenommenen Menschen mit einem Auftrage ala Marloh betrauen konnte, ist ein Verbrechen an sich.

Man ist interessiert und hier weniger, mehr aber der Oberst Reinhard und der jetzige Berliner Polizeihauptmann v. Kessel, damals Offizier bei den Freiwilligen. Unbestritten steht fest, daß Reinhard schärfstes Vorgehen gefordert hat, sicher ist, daß v. Kessel dann alles getan hat, um Marloh verschwinden zu lassen, der darauf gar nicht eingehen wollte, in dem Bewußtsein, einfach einem dienlichen Befehl Folge leisten zu haben. Man mußte Marloh förmlich zur Flucht zwingen und hat ihm erzählt, Koste und Reinhard würden sich nicht mehr halten können, wenn er bleibe und gar verhaftet, im Anschluß daran prozessiert werde. Da glaubte der junge Offizier, dem Lande aus diesem Dienst lassen zu müssen, den er allerdings als eine Lumperei erklärte. Marloh ist freigesprochen. Was aber geschieht mit Reinhard und mit dem Polizeihauptmann v. Kessel? Reinhard hat beteuert, daß wehrlose Men-

... zu Dutzenden niedergemetzelt werden; Kessel hat dabei alle Heiserdienste geleistet und dann Schiedungen gemacht. Beide standen als Zeugen im Gerichtssaal. Die Wörber als Zeugen, das zum Gehorsam verpflichtete Werkzeug als Angeklagter! Wenn nicht gegen Reinhard und Kessel vorgegangen wird, fürchten wir in der Stimmung des Volkes einen furchtbaren Sturz. Daß in einem Bürgerkrieg entschlossene Übergriffe und Brutalitäten sich leider ereignen, ist eine alte Erfahrung: der Bürgerkrieg ist immer schrecklicher als der wirkliche Krieg gewesen. Aber 32 Menschen einfach wie die Hasen zusammen knallen zu lassen, denen man nichts anderes nachweisen kann, als die Zugehörigkeit zu einer gewöhnlichen unpolitischen und auch gelegentlich gefährlichen Formation, das widerspricht allen menschlichen Gefühlen und widerspricht auch allem Kriegesrecht, das die Ermordung von Gefangenen verbietet. Hier ist mit einer Bestialität verfahren worden, von der sich der entsetzte Blick schauernd abwendet. Und diese Bestialität wird nicht dadurch entschuldigt, daß auch von den Aufständischen Barbarereien begangen worden sind. Man hat schließlich eine Erklärung dafür, wenn in der Hitze und Leidenschaft des Kampfes mit solchen Auftritten kurzer Prozeß gemacht worden ist, die Lämpfend angeklagt worden sind, aber wehrlose Gefangene ermorden, ist kanibalisch. Wozu noch kommt, daß unter den Gefangenen sich Leute befanden, die nachgewiesenermaßen auch nicht das geringste auf dem Kerbholz hatten.

Die Kriegsgerichtsverhandlung hat Dinge aufgerührt, deren Folgen noch ganz unabsehbar sind. Verbrechen auf Verbrechen ist im Anschluß an die Missetat in der französischen Straße verübt worden. Beihilfe zur Flucht, Fälschung von Urkunden, Urkundenfälschungen, Vernichtung von Urkunden, Verleitung zum Meineid. Und wir erfahren, daß bestimmte militärische Stellen sich verabredet haben, alle diese Verbrechen zu begehen. Besonders der Hauptmann bei der Sicherheitspolizei, v. Kessel, ein Neffe des früheren Gouverneurs von Berlin und Diebstahlsgeneral Wilhelm II., des Generalobersten v. Kessel, ist dabei Hauptbeteiligter. Dieser famose Polizeihauptmann ist, darüber kann nach den Ergebnissen der Verhandlung kein Zweifel mehr herrschen, sofort für den Strafrichter fällig und nicht eine Stunde länger darf dieser schwer belastete Mensch noch Führer einer Polizeitruppe sein. Die moralischen Verwüstungen wären sonst ungeheuerlich. Daß gewisse reaktionäre militärische Kreise vor keiner Straftat zurückzucken, wenn sie glauben, ihren Plänen und Zielen dienen zu können, hat dieser Prozeß zur Evidenz entführt. Gewiß, damals, inmitten des tobenden Kampfes, war an eine Auslese bei den Freiwilligen nicht zu denken und auch nachher erforderte sie Zeit. Aber nun muß mit eiserner Faust durchgegriffen werden. Und haben in diesem Falle die Herrschaften Lust, es auf eine Strafprobe ankommen zu lassen, so darf davor nicht zurückgetreten werden. Entweder haben wir noch die Macht, mit einem reinigenden Gewitter dazwischen zu fahren, und dann muß es rücksichtslos geschehen — oder wir haben die Kraft nicht und dann ist es immer noch besser, die Entscheidung fällt sofort.

Daß Oberst Reinhard über jeden Leichenhaufen schreitet, wenn er im Kampfe steht, wird niemand in Zweifel ziehen, der diesen Mann kennen gelernt hat. Er wird besonders dann vor nichts zurückzucken, wenn es gegen Republikaner geht, die er aus glühender Seele haßt. Reinhard würde morgen Ebert, Bauer, Noske oder andere genau so wie die Matrosen massakrieren lassen, wenn er dadurch der Reaktion und der Monarchie einen Dienst erweisen könnte. Der Mann schreckte vor keinem Leichenhaufen und vor keinem Blutmeer zurück, wenn er die Hohenzollern wieder auf den Thron bringen könnte. Wenn er gegen Spartakus kämpfte, so nur, weil er sie noch mehr als die Sozialisten haßt. In ihm hat sich der verrückte Gedanke festgesetzt, die Sozialdemokratie habe in der Heimat dem Vater das Rückgrat gebrochen, ohne die Sozialdemokratie würden die Hohenzollern und die Militärs als die Sieger aus dem Felde heimgekehrt sein. Das ist der psychologische Untergrund zu der Missetat in der französischen Straße. Es ist eine ungemein bittere Sache für uns Sozialdemokraten, daß wir bekennen müssen, daß der Oberst Reinhard mit den Bestand der Regierung in jenen Berliner Kämpfen getreuet hat und daß verbundene Proletarier in ihrem sinnlosen Verhalten die Kämpfe herausbeschworen haben, in denen schließlich reaktionäre Offiziere als Retter der republikanischen Regierung aufzutreten vermochten. Ohne das verbien-

dete Treiben der Unabhängigen, ohne das wahnwitzige Verhalten der Spartakisten, wären die Reinhard und wie sie alle heißen, nie in die Lage gekommen, in der Republik als Machtfaktor aufzutreten und heute unstrittig die reaktionäre Befehls-erheblich mit vergrößern zu helfen. Mag Reinhard damals sich um den Bestand der Republik Verdienste erworben haben, vor der Verantwortung für den Mord an den 32 Matrosen darf ihn diese Tatsache nicht retten, auch wenn es dem Wagnen zu einer Kraftprobe mit gegenrevolutionären Offizieren kommen sollte. Reinhard hat bei ihnen einen glänzenden Namen. Wird Reinhard nach Mecht und Gehet gefaßt und behandelt, dann wird es sich zeigen, ob die gegenrevolutionären Offiziere die Kraft und den Mut haben, den Kampf bereits aufzunehmen oder ob sie versuchen werden, die Reichswehr in ihrem Besitze zu erschüttern. Würden Reinhard und Kessel unbehelligt laufen gelassen, dann, das erscheint uns sicher, wird in weiten Arbeiterkreisen eine ungeheure Vermittlung angesetzt. Die Gegenrevolution würde daraus enorme neue Kräfte schöpfen, deren dann nach einiger Zeit Herr zu werden, schwer sein dürfte. Freilich, verfolge man das Loben der Unabhängigen auf ihrem Leipziger Parteitag, dann ist auch, soweit sie in Betracht kommen, wenig Hoffnung vorhanden, daß einem reaktionären Vorstoß das geeingte Proletariat entgegensteht würde. Und wir haben in diesen Tagen vielfach die bittere Erfahrung machen müssen, daß ausgeglichene Reaktionen die Leipziger Verhandlungen mit wahren Wohlbehagen verfolgen. Sie sehen die Zerissenheit der Arbeiterklasse, das Meinungsdurcheinander auch bei den Radikalen, bei den Unabhängigen wie bei den noch Radikaleren und sie vertrauen auf die Gewalt und auf die politische Rückständigkeit der Volksmassen. So kann der Mord an den 32 unglücklichen Opfern der französischen Straße in Berlin unter Umständen die weitgehendsten interpolitischen Folgen haben. Auf eins muß sich die Arbeiterschaft bestimmt gefaßt machen: wir gehen unangbar erkranken und schmerzlichen Seiten entgegen; politisch und wirtschaftlich. Der Gang durch die Wüste, den das deutsche Volk hat antreten müssen, wird noch dramatischer Egenen und bittere Leiden bringen. Aber — die Zingeltange, die Kinos, die Kabarettis und die Tanzböden sind allabendlich gefüllt; man tanzt und jubiliert... Bis das grauenhafte Erwachen kommt. Aber dann kann es zu spät sein!

Noske hat sich unstrittig im Kampfe gegen die äußerste Linke als ein nordenstarker Mann erwiesen und auch als ein Mann, der rücksichtslos seine eigene Person einsetzt, um das Land und das Volk vor dem Chaos zu bewahren. Jetzt aber muß er auch beweisen, daß er auch nach rechts und gegen die reaktionären Militärs die gleiche Kraft und Konsequenz auszubringen vermag, sonst würde er sich — und was folgenschwere ist — der Sozialdemokratie einen verhängnisvollen Dienst erweisen. Wir erwarten Taten, denn die Zeit des bisher begreiflichen Latierens ist vorbei.

Noske über den Matrosenmord und den Marlopprozeß.

Berlin, 10. Dez. (Privattelegramm.) Reichswehrminister Noske sprach sich gegenüber einem Mitglied der „S. Z.“ über den Fall Marloß und die Vorgänge am 11. März in der französischen Straße aus und sagte u. a.: Die wirklichen Ursachen der Matrosenmordanschläge sind weder in den Prozeßverhandlungen, noch in der Presse so hervorgehoben worden, wie es bringen geboten gewesen wäre. Die Erinnerung an das, was wir in den ersten Monaten dieses Jahres in Berlin erlebt haben, ist mehr verblüfft, als angebracht und begründet erscheint. Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß von den Unabhängigen und denen, die sich um sie gruppieren, im Januar Berlin eine Woche lang unter Schreden gehalten wurde. Minderungen schlimmster Art wurden verübt. Fest steht, daß im Marinehaus von der Volksmarinerevision Waffen an die Zivilbevölkerung ausgegeben worden waren. Erst nachdem eine große Anzahl Soldaten in bestialischer Weise abgeschlachtet worden war, habe ich den vielbesprochenen Schieds-erlaß herausgegeben. Fest steht, daß damals wahre Bestien in Menschengepalt sich wie Amokläufer den Soldaten gegenüber verhalten haben. Von den zahlreichen Männern, die in den Berliner Marloßwegen für die Ruhe und Sicherheit des Landes ihr Leben gelassen haben, ist hinterher nicht mehr viel die Rede gewesen. Eine Tat wie die Matrosenmordanschläge kann nur in einer blutigen Atmosphäre geschehen und ist die Folge der verbrecherischen Bestrebungen, die Revolution in blutigen Bürgerkriegen voran zu treiben. An das Gerichtsverfahren halte ich mich nicht einzumischen. Mit der Flucht Marloß habe ich nichts zu tun, noch ruckte ich davon.

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

„Nun, dann ist's gut,“ erwiderte Lars Larsen. Aber als er zu seiner Tochter zurückkehrte, sagte er: „Ja, glaube wirklich, es rappelt bei dem armen Christensen — jetzt bildet er sich gar ein, er leuchte inwendig.“

Das Goldstück.

Langsahn hatte recht gehabt, als er behauptete, daß der Mond Frost anzeige. Schon am nächsten Morgen lag eine dünne Eisddecke auf der Gasse, und sie wurde im Lauf des Tages noch dicker.

Vielleicht war diese Kälte der Grund, warum Christensen auf den Gedanken kam, seinen Rod zu unterjuchen. Es zeigte sich, daß dieser notwendig einer Ausbesserung bedurfte und darum klopfte der Philosoph bald darauf an Schneiders Blombergs Tür.

Der Meister und sein Geselle waren jeder auf seine Weise beschäftigt. Anderen sah an der Nähmaschine; Blomberg lag, eine Zigarre rauchend, auf seinem Bett.

„Guten Morgen,“ begrüßte Christensen beide.

„Guten Morgen, Euer Wohlgeboren,“ entgegnete Blomberg, während er aufstand. „Was verhasst mir in dieser frühen Morgenstunde die Ehre eines so vornehmen Besuches?“

„Ich brauche einen Fled,“ antwortete Christensen und deutete auf seinen Rod.

„So, so, Euer Wohlgeboren brauchen einen Fled? Aber haben Euer Wohlgeboren auch Geld?“

„Nein,“ erwiderte Christensen unerzitterlich ernst. „Aber das Geld ist Nebenache, wenn Sie nur den Lappen haben.“

„Die Logik ist gut!“ rief Blomberg lachend.

„Ich dachte, Sie seien Sozialist,“ sagte Christensen.

„In der Theorie natürlich — in der Praxis nie. Ich gebe keinen Apfel fort, wenn ich nicht wenigstens eine Birne

dafür bekomme. Aber Euer Wohlgeboren sollen den Fled dennoch haben; dort, unter dem Bett liegt der Sad.“

Christensen ging an den angegebenen Platz, zog den Sad hervor und unterjuchte seinen Inhalt. Es war nicht leicht, einen eintiermähnen passenden Stoff zu seinem Rod zu finden, denn dieser war wohl ursprünglich braun gewesen, hatte aber mit der Zeit eine so merkwürdige Farbe bekommen, daß es keine rechte Bezeichnung dafür gab.

Während der Philosoph noch suchte, schlich Blomberg zu Anderen hin und flüsterte:

„Nun wollen wir Seine Wohlgeboren einmal tüchtig zum Beuten haben.“

„Ist das nicht eine Sünde, Herr Blomberg?“

„Ach was, das schadet ihm gar nichts,“ entgegnete der Schneider. „Er ist ja doch verrückt.“

Auf Blombergs Wunsch ließ Anderen die Maschine ruhen, aber im Innern hatte er Mitleid mit dem Philosophen. Er meinte wie alle Naturmenschen, daß die, die „nicht ganz richtig im Kopf“ waren, vom lieben Gott gezeichnet seien und hielt es deshalb für unrecht, wenn man sie verhöhnte.

„Euer Wohlgeboren wollen sich wohl zu den Weihnachtsfeiertagen fein machen?“ begann Blomberg.

„Ja, feiere mein Weihnachten im Herzen,“ antwortete Christensen ruhig.

„Aber Euer Wohlgeboren sollten sich doch zur Feiertage des Tages ein warmes Bad gönnen. Es heißt, Euer Wohlgeboren hätten viel unter Ungeziefen zu leiden.“

Christensen schaute von den Stoffresten auf und sagte: „Wissen Sie was, Blomberg? Ich finde es zehnmal besser, Käuse zu haben, als selbst ein Maus zu sein!“

„Aber doch nicht gerade fein?“

„Sehr fein sogar,“ antwortete Christensen. — „Es gibt zweierlei Arten von Käusen: solche mit vielen Weinen, die durch Unreinlichkeit erzeugt werden — und zweieinige, die sich von Macht und Geld anziehen lassen. Jeder Reichstagsabgeordnete, jeder Minister hat Käuse; jede Künstler und Geldmännchen haben die meisten.“

„Nedoch nicht solche, wie sie Euer Wohlgeboren hat,“ bemerkte Blomberg.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 10. Dez.

Eröffnung der Sitzung 120 Uhr. Die zweite Beratung des Besetzungsurteils über das Reichsnotopfer

wird fortgesetzt.

Hg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Die gestrigen Egenen de- weisen nur, daß die Rechte den Mann fällen will, der mit be- spielloser Energie Deutschland aus dem finanziellen Elend zu retten sucht. Herr Eugenbergs Angriffe waren sorgfältig sili- ziert. Herr Eugenbergs, der die Beamten des Kriegsministeriums korumpiert hat, will von Korruption reden. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Eugenbergs hat Landesverrat getrieben, indem er ein Stück wertvollen Landes zum Feind an- bot. (Der Präsident: Ich kann diesen Ausdruck nicht zulassen, ebenso wie ich gestern nicht zugelassen habe.) Es ist nicht zu be- zweifeln, daß die Enterte Hand auf das Notopfer legt. Wir haben nur wenige Abänderungsanträge zu stellen.

Hg. Farnow (Fr.): Zu schonen sind bei der Anpassung des Besizes die Familien und die verbende Arbeit. Das ist im Beset gegeben.

Namens aller Parteien aus dem besetzten Gebiet erklärte der Hg. Farnow: Wir bewahren uns dagegen, verhandelt zu werden. Wir sind noch nicht tot, sondern haben noch 15 Jahre lang das Elend der Besetzung zu tragen. Aber wir bleiben deutsch.

Namens der Demokraten erklärte Dr. Petersen, daß seine Partei in der zweiten Sitzung für das Beset stimme, für die dritte Sitzung sich aber ihre Stellungnahme vorbehalten werde.

Hg. Becker-Gessen (D. V.) wies darauf hin, daß der Be- trag von jährlich 2½ Milliarden vom Beset aufzubringen wäre durch eine laufende Abgabe von Vermögen.

Zu längeren Ausführungen verjügte Reichsminister Erz- berger noch einmal alle Vorzüge des Notopfers hervorzuheben, wobei er auch die Bedenken gegen das Beset gab: doch gebe es starke Gründe, die zur Dinstanhebung dieser Bedenken zwän- gen. Dem Hg. Eugenbergs gegenüber wies Erzberger darauf hin, daß der ungewisse Gegenstand zwischen großen Vermögen und Vermögenslosigkeit ausgefallen werden müsse. Die großen Ver- mögensansammlungen vor und während des Krieges müßten ab- gebaut werden, sonst könne keine Regierung unsere Wirtschaft wieder aufwärts führen. Die Zwangsanleihe würde die großen Vermögen ertraglos machen. Das Notopfer entziehe dem Gesamtvermögen jährlich 28 Milliarden einschließlich der Zinsen. Die Familie und die verbende Arbeit sollen bei der Ausföhrung des Besetes geschont werden, gleich wie die kleinen Rentner, Aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen sei schnellste Ver- abschließung des Notopfers erforderlich.

Der Unabhängige Wurm sieht in den Anträgen der Rechten nur die Bemühung, die schweren Lasten den Massen aufzuladen. Seine Partei bewillige keinen Pfennig, der die arbeitenden Mas- sen belaste.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Hervorzu- heben ist, daß Dr. Eugenbergs Herrn Erzberger nur vor- geworfen haben will, daß seine Politik zur Besetzung des Ruhr- gebiets führen könnte; er habe das nicht gewünscht, und von ihm glaube das auch niemand.

In namentlicher Abstimmung wird Johann der An- trag Becker-Gessen mit 296 gegen 48 Stimmen abgelehnt, der Paragraph 1 nach Abschließung des Zusatzantrages Kr. 1 abt in der Kommissionsfassung angenommen. Bei Paragraph 5 wünscht Gruber (Soz.), daß auch die Kirche und die Vermögen unter das Notopfer falle. Von den Spartakisten sollen nur die den Ge- meinden und Gemeindeverbänden gebörenden Abgaben frei sein. Minister Erzberger bittet, bezüglich der Spartakisten zu der Regierungsvorlage zurückzuföhren. Die Kirche zum Notopfer heranzuziehen, wäre antikristlich, wenn man die politischen Ver- eine, Turnvereine usw. frei ließe. Der sozialdemokra- tische Antrag, die Kirche mit dem Notopfer zu besteuern, wird abgelehnt, der Paragraph 5 in der Kommissionsfassung angenommen.

Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Vorher erste Beratung einer Novelle zum Bankgesetz.

Der Generalstab.

Berlin, 10. Dez. Der Steueranschluß der Nationalver- sammlung erörterte den Antrag Trimborn über den Ent- wurf eines Gesetzes über Steuernachschuß (Generalpar- don). Reichsfinanzminister Erzberger führte aus, daß er keine unüberwindlichen Bedenken dagegen habe. Paragraph 1 des Entwurfes wurde darauf mit einigen Veränderungen angenom- men, insofern ein Steuerpflichtiger wie auch seine Erben straf- los bleiben, wenn er aus eigenem Antrieb spätestens bei der ersten Veranlagung zur Steuererklärung oder, falls er eine solche nicht abgegeben hat, auf öffentliche Aufforderung sein Ver- mögen und seine Einnahmen richtig angab.

„Eine Maus bleibt stets eine Maus, mag sie nun zwei oder mehr Beine haben,“ erwiderte Christensen. „Man duldet sie, weil etwas Erhebendes in dem Bewußtsein liegt, daß man lebendige Weisen durch seine eigene Verison erhält.“

„Das soll wohl eine neue Auffassung sein?“ fragte der Schneider.

„Keineswegs! Schon in dem alten Rom gab es eine Gesellschaftsklasse von Käusen, die die Klienten genannt wurden,“ entgegnete der Philosoph.

„Sie sind ein merkwürdiger Mann, Christensen,“ warf Anderen freundlich ein. „Wirklich sonderbar; aber Sie haben trotzdem Gedanken.“

„Allerdings,“ stimmte Blomberg bei. „Doch Christen- sens Gedanken bringen kein Geld ein, und das ist ihr Fehler.“

„Geld verdient man nur mit dem Abfall von zeit- gemäßen Gedanken,“ sagte Christensen. „Das Denken selbst aber verhilft der Seele zum Gleichgewicht, was weit mehr wert ist. Geld bleibt immer nur ein Nebenprodukt.“

„Und wozu leben Euer Wohlgeboren eigentlich, wenn Euer Wohlgeboren eine derartige Verachtung vor dem Geld haben?“ fragte Blomberg spöttisch.

„Ich lebe von Gottes Gnaden wie die Fürsten,“ ant- wortete Christensen.

Endlich hatte er einen Lappen gefunden, der annähernd zu seinem Rod paßte. Er steckte ihn in die Tasche, legte die andern in den Sad zurück und schob diesen wieder unter das Bett.

„So mögen Euer Wohlgeboren denn den Fled be- halten,“ sagte Blomberg.

„Das habe ich auch im Sinn,“ entgegnete Christensen ruhig.

„Euer Wohlgeboren brauchen wohl nicht einmal dankt zu sagen?“

„Gaben Sie sich jemals bei Gott für das Gute bedankt, das er Ihnen erwiesen hat?“ fragte der Philosoph.

„Ich bin mit Gott längst fertig,“ gab der Schneider stolz zur Antwort. „Aber das finden Euer Wohlgeboren wahrscheinlich entsetzlich.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 10. Dez. Im Betriebsräteauschuss der Nationalversammlung wurde bei der heutigen Sitzung u. a. ein Antrag des Zentrums und der Demokraten einmütig angenommen, durch den für die Bildung der Betriebsräte eine Trennung von Fabrik- und Heimarbeitern herbeigeführt wird.

Badischer Landtag.

Wirtschaftspläne für 1920. — Paritätistische Töne in der Kammer. — Kohlenkrise bei der Staatsbahn.

9. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 10. Dez. Präsident Keff eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Eingegangen ist u. a. ein Gesetzentwurf über die Abänderung des Beamtenauswahngesetzes.

An Stelle des zurückgetretenen Abg. Göhring (Dem.) tritt Dr. Professor Döniger-Freiburg (Dem.) ab. Abg. Stoll-Schallstadt (Dem.) in den Landtag.

Kurze Anfragen.

Auf die kurze Anfrage des Abg. Wauer-Karlsruhe (D.M.) die Regierung solle die Kirche zur Kartoffelablieferung auffordern lassen, teilt Minister Kemmele mit, daß die Kartoffeln nicht eingeliefert werden und daß alle Maßnahmen zur Ablieferung angewendet werden.

Auf die Anfrage des Abg. Schneider-Seibelberg (Ztr.) bezüglich Schulverlegung teilt Minister Kemmele mit, daß die badische Regierung vorerst keine Schritte aus Baden-ans-Rhein ausüben wird. Weitere Aufklärung folgt.

Abänderung des Wohnungsgeldgesetzes.

Abg. Thrig (Dem.) berichtet namens der Kommission über den Gesetzentwurf. Danach hätte der Wohnungsgeldtarif auf 1. Januar 1920 geändert werden sollen. Da infolge der Unsicherheit und der verschiedenen Lagen des Wohnungsmarktes es nicht möglich war, im Frühjahr die notwendigen Erhebungen einzuleiten, befragt der Gesetzentwurf die Abänderung auf den Zeitpunkt „auf den die Krisisabteilung im Reich neu geregelt wird“.

Die Abänderung ist nicht gemacht worden. Anregungen auf eine Zwischenkommission konnten nicht berücksichtigt werden. Der Haushaltsausschuss schlägt Genehmigung des Gesetzentwurfs vor.

Finanzminister Wirth befragt, ob einmütige Auffassung darüber vorliege, daß bis zur Reichsregierung die weitergehenden Wünsche des Beamtenbundes zurückgestellt werden sollten. Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Ablieferungsräume für Brotgetreide.

Abg. Weichhaupt (Ztr.) begründet seine förmliche Anfrage bezüglich der Beeinträchtigung der Ablieferung des Getreides durch den Wegfall der Ablieferungsräume für Brotgetreide und Getreide. Die Kränien sind überhaupt zu verkaufen und dafür höhere Grundpreise einzuführen. Der Produktionspreis steht in keinem Verhältnis zum Ablieferungspreis.

Die Ablieferungsräume sind noch über den 31. Dezember hinaus auszubedenken. Hierdurch würde die Ablieferung verbessert. Es herrscht das System der Systemlosigkeit. Die Ablieferungsräume müßte auch nachgedacht werden für das bereits abgelieferte Getreide.

Abg. Hertle (D.M.) begründet seinen Antrag auf Bewilligung einer Druckprämie von 150 Kr. pro Tonne für den ordnungsmäßig abgelieferten Getreide.

Minister Kemmele weist darauf hin, daß die Druckprämie für Getreide von Reichswirtschaftsministerium festgesetzt wird und daß hierfür zuständig ist. Die badische Regierung glaubt von einer Weiterleitung des Antrags absehen zu müssen, da solche Anträge bisher stets von der Reichsregierung abgelehnt wurden.

Die Reichsregierung gewährte Frühbrüchprämien nur für Brotgetreide, wozu Weizen nicht zählt. Bezüglich der Ablieferungsräume für Brotgetreide werten wir mit der württembergischen Regierung gemeinsam bereits im August bei der Reichsregierung vorliegend und erreichten eine gewisse Verlängerung. Eine weitere Verlängerung durchzusetzen ist nicht möglich. Der Wunsch auf Erhöhung der Grundpreise ist in letzter Zeit mehrfach ausgesprochen worden.

Wir kamen zu der Auffassung, daß alles geschehen müßte, um aus der Landwirtschaft soviel als möglich Produkte herauszuholen. Zu den Schwierigkeiten kommen die mangelnden Düngemittel, trotz Stillschließung, da uns auch Hopsen fehlt. Die Streitfrage, was ein gerechter Preis für landwirtschaftliche Produkte ist, ist sehr unklar. Es ist vor allem zu fragen, wie eine bedeutende Preissteigerung auf das Leben in den Städten wirkt. Wenn man die Wünsche der Landwirte erfüllen will, muß man auch den Wert haben zu Lohnaufbesserungen der Staats- und Privatangestellten. Wenn die Bevölkerung sich nicht an die Bestimmungen hält, sind alle Vorschriften vergebens.

Im Ausland sind die Preise gleich stark gestiegen wie bei uns, durch unsere Raluta können wir jedoch auf dem Weltmarkt nicht mehr als Käufer auftreten. Mit Weltmarktpreisen würden sich unsere Lebensmittelpreise um das 3-fache erhöhen. Zu diesem Sprung haben wir jedoch heute nicht die Kraft. Wir müssen uns deshalb bescheiden und den Augenblick abwarten, in dem wir den Sprung machen können. Selbst wenn wir in Amerika eine Kreditleihe machen, ist es nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Gefundung im Innern tut uns vor allem Not. Es war der größte Fehler unserer Reichspolitik, daß man Roellendorff und Wiffel hat gehen lassen. (Sehr richtig!) Man hätte, wie diese wollten, Einfuhr und Ausfuhr kontrollieren lassen sollen. Die Verbraucher sind jedoch im letzten Sommer auf das Geringste nach freier Wirtschaft herein gefallen. Wir werden uns auf alle Fälle mit den landwirtschaftlichen Organisationen verständigen, daß sie die Mittel bauen, die wir brauchen. Das ist eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Es hat keinen Sinn auf die Begehrtheit der Landwirte zu schimpfen, man muß ihnen gerecht werden. Eine Verständigung zwischen Verbrauchern und Produzenten ist daher geboten, wobei den Verbrauchern allerdings die Erfindung garantiert werden muß. Der landwirtschaftlichen Produktion folgt nämlich auf dem Fuße die Arbeiterfrage. (Beifall.)

Abg. Wielhauer (Dem.) bittet der Interpellation bezüglich Weizen nachzugeben. Wir sind für einen Lebensstandard für die Verbraucher; ein ähnlicher Standard ist jedoch auch für die Produzenten am Platze. Höhere Grundpreise sind Prämien vorzuziehen. An Stelle, daß Leute, die nicht säen und doch den Betriebsstoff für Autos verwenden, sollte er den landwirtschaftlichen Maschinen zugeführt werden. An einen vollständigen Abbau der Zwangswirtschaft ist nicht zu denken, so sehr er zu begrüßen wäre. Es ist betrüblich, daß Landwirte die Ansicht vertreten, nur soviel Kartoffeln zu pflanzen, als sie selbst brauchen. Man soll so arbeiten, daß die Bauern merken, daß man ihnen helfen will. Der Weg zwischen Produzenten und Konsumenten ist abzufürzen.

Abg. Weichhaupt (Ztr.) weist darauf hin, daß es Orte gibt, die friedlich sind, in denen tatsächlich die Bauern nur soviel Kartoffeln bauen als sie selbst brauchen und im übrigen andere Produkte pflanzen. Wie hoch soll der Zentner Kartoffeln nachkommen, daß er gleich rentabel wie Tabaklandbau wird? Ein angemessener Grundpreis ist der Frühbrüchprämie vorzuziehen; hier stimmt ich dem Abg. Weichhaupt bei. Was den Weizen betrifft, so finde ich Frühbrüchprämien nicht an-

Platz, da er geerntet werden muß, wenn er reif ist. Der Antrag Hertle ist daher abzulehnen.

Abg. Dr. Schäfer (Ztr.) meint, daß es sich bei der Frühbrüchprämie für Getreide nicht um den Namen handelt, sondern um das Geld, damit der Bauer auf seine Kosten kommt. Deshalb stimme ich dem Antrage zu. Es ist merkwürdig, daß badische Vorstellungen in Berlin ein bagatelles behandelt werden. Der Minister soll trotz zwei- oder dreimaliger Anfragen von Berlin seine Vorstellungen bezüglich dem Getreide erklären. Es ist erfreulich, daß Herr Abg. Weichhaupt seine Zustimmung zur Interpellation Weichhaupt bezeugt. Ich möchte in diesem Zusammenhang hinweisen auf die Vorschläge des Herrn Kommerzienrats Sinner auf Rationierung und Einschränkung des Schleichhandels und angemessene Preise für die landwirtschaftlichen Produkte. Wenn auch die Konsumenten dies einsehen, ist eine wesentliche Besserung erreicht. Mit der Preisbildung allein ist es jedoch nicht getan; die Moral muß wieder Einfluß auf das Wirtschaftsleben bekommen. Hieran fehlt es jedoch noch. Wenn das deutsche Volk für vier Milliarden Zigaretten einführt, so heißt dies das Nationalvermögen beschützen. Das kommt vom Humanitätsdusel, daß junge Leute rauchen. Hier müssen wir mit dem Humanitätsdusel brechen. Nach dem man sich im Frühjahr mit der Zulassung der Einfuhr und Ausfuhr vertragen hatte, soll man in Zukunft keine Experimente mehr machen. Wenn die Bauern nicht genügend anfliegen, so läßt die Hungersnot und dies wäre eine himmelschreiende Sünde.

Abg. Weichhaupt (Ztr.) tritt für die Güterprämie ein. Man hätte mit der Erhöhung der anderen Produkte entsprechend erhöht, dann hätten wir die heutigen Notstände nicht. Abg. Weichhaupt (Ztr.) und Martin (Ztr.) äußern sich im gleichen Sinne zum Getreide.

Abg. Weichhaupt (Ztr.) stellt die Frage auf, ob wir angesichts der gewaltigen Schwierigkeiten an dem letzten System der Zwangswirtschaft festhalten können und meint sie beizutreten zu müssen. Wir müssen deshalb an die Wurzel herantreten und die Produktion selbst unter Zwang stellen. Nach Maßgabe des Bestandes muß der Landwirt veranlaßt werden, ein entsprechendes Quantum abzuliefern; die Mehrproduktionen müßte ihm jedoch als Anreiz zum freien Betrieb überlassen bleiben. Der Redner fragt an, wieso es komme, daß in Berlin die Einfuhr für Straßbedecken — durch Planlosigkeit — gegeben werden, während sie für lebenswichtige Bedürfnisse verweigert werden. Ich bin gegen Prämien und für Erhöhung der Grundpreise.

Abg. Weichhaupt (Ztr.) betont seine Zustimmung zur Interpellation Weichhaupt. Wenn wir auch eine Frühbrüchprämie für Getreide abgeben, so sind wir doch nicht gegen eine Erhöhung des Grundpreises, sofern dies nötig ist. In der Preisfrage ist zu konstatieren, daß die Verbraucher an schlechtesten daran sind. Deshalb ist ihnen beizuhelfen, aber auch den Angestellten, Beamten und Arbeitern ist dann ein entsprechender Lohn zu gewähren. Wir brauchen einen Produktionszwang, der den Bauern zwingt, in dieser Linie notwendige Lebensmittel zu bauen; wobei die Bodenschätze zugrunde zu legen ist. Neben dem Moralpredigen sind scharfe Maßnahmen notwendig. Wer nicht für die Allgemeinheit produziert, dem muß die Verfügung über den Boden entzogen werden. Die Regierung müßte deshalb jetzt schon landwirtschaftliche Sachverständige hinarbeiten, um die Maßnahmen für die nächstjährige Produktion zu beraten und zu treffen. Gegen den Geist der Bevölkerung in der Landwirtschaft muß sich die Regierung wenden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister Kemmele betont, daß Mangel an Mist und Düngemittel die vorgeschlagenen Maßnahmen behindern. Wir müssen bei unserer Not vor allem daran denken, daß wir auf die Einfuhr von Norddeutschland angewiesen sind. Wir müssen daran denken, daß wir nur eine kleine Provinz des Reiches sind und in Berlin wenig Gehör finden. (Hört, hört!) Die Ergänzung mit den Ausfuhrerträgen liegt ähnlich wie im vorigen Frühjahr, als die Ein- und Ausfuhr freigegeben werden sollte. Als sich die Folgen der Preisgabe bemerkbar machten, hörte man nichts mehr davon. Meine Gesetze glaube ich deshalb derlei Dinge nicht. Die Landwirtschaft hat kein Recht, die deutsche Nation zu sabotieren. Ein solches Streikrecht zur Verfügung gibt es nicht. Das Reichsministerium ist der Ansicht, daß eine generelle Einigung über Getreide und Kartoffeln als Basis für die Wirtschaft von 1920 notwendig ist. Das Hebel bei der Einfuhr kann nur behoben werden, indem man die Einfuhr solcher Artikel verbietet, die nicht lebensnotwendig sind. Ich habe den Eindruck, daß auch für solche neue Maßnahmen das Verständnis gemacht ist.

Abg. Hertle (D.M.) meint, daß er dem Minister zur Behandlung seines Antrages seine Mißbilligung ausdrücken müsse. (Sehr richtig!) Wird mein Antrag angenommen, dann muß der Minister nochmals in Berlin vorliegen. Denn wir werden hier zuerst badische Politik.

Der Antrag auf Druckprämie für Getreide wird angenommen.

Baden und das Reichsverkehrsministerium. Abg. Seubert (Ztr.) fragt zunächst wegen der Kohlennot bei den badischen Bahnen an und begründet die Interpellation seiner Fraktion über die Vertretung Badens im Reichsministerium für Verkehrswesen. Ich befürchte, daß wir in Baden wie in anderem wieder das Nachsehen haben. Die Berliner Weltblutuntersuchen sollen Vorgänge wie in Baden nicht außer acht lassen.

Eisenbahnminister Dr. Wirth will für heute nur einige kurze Bemerkungen machen und morgen eingehend die Vertretung der Eisenbahnen behandeln. In der Kohlenfrage befinden wir uns in einer solchen Knappheit, daß wir in wenigen Stunden vor außerordentlichen Maßnahmen stehen können. Auch wir haben den Eindruck, daß man uns in Norddeutschland als Aischtrödel behandelt. (Hört, hört!) Wir sind nicht so sonnen, dies uns auf die Dauer gefallen zu lassen. (Sehr richtig!) Unser gesamter Kohlenvorrat reicht nur auf 3 1/2 Tage. Weiter herunterwirtschaften können wir nicht. Die nächsten Stunden bringen ja Kohlen, auch Schiffe werden ausgeladen. Ich bin jedoch der Auffassung, daß wir in Baden ungenutzte Handlungsmöglichkeiten sind. (Hört, hört!) Wir wissen nicht nur, was zu reden, sondern werden auch zu handeln wissen. (Beifall.) Es ist sinnlos zu sagen, wir wollen die badischen Bahnen beschneiden. Wir werden keinen Schritt ohne die Volksvertretung tun. Wir wären ja blind, wenn wir die Volksvertretung täuschen wollten.

Die Tagesnahe wird hier oberschoben. Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittags 3 Uhr. Fortsetzung und Interpellationen. Schluß der Sitzung 6 50 Uhr.

Badische Politik.

Gemeindeordnung und Volksinitiative.

Von sozialpolitisch hervorragender Tätigkeit Seite wird uns unter Verantwortung der Volksinitiative für die Gemeinden geschrieben: Die badische Verfassung stellt in §§ 21-24 die Möglichkeit vor, daß von 80000 künmberberechtigten Staatsbürgern das Volksabstimmungsrecht (Volksinitiative) ausgeübt und die Volksabstimmung (Volksreferendum) verlangt werden kann. Alle Gründe, die für die Einführung dieser Bestimmungen in die Verfassung maßgebend waren, lassen sich mindestens ebenso für die Verwirklichung dieser Rechte an die Gemeindebürger geltend machen. Die Gemeinde wird in den

letzten Jahren so große und wichtige Aufgaben, vor allen Dingen auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu lösen haben, daß die intensive Mitarbeit der Gemeindebürger an ihrer Lösung unerlässlich ist. Dringend erwünscht wäre es auch, wenn als eine besondere Form der Volksabstimmung das sogenannte Gemeindebestimmungsrecht in der neuen Gemeindeordnung festgelegt wird, monach vor der Gewährung von neuen Schankkonzessionen die künmberberechtigten Bürger der Gemeinden oder bei größeren Gemeinden die des betreffenden Stadtteils gefragt werden müßten, ob sie die Konzessionserteilung für erwünscht halten. Die Erteilung dieses Rechtes an die Bevölkerung gilt mit Recht als ein wichtiges Kampfmittel gegen die Schäden des Alkoholismus.

Die evangel. Generalsynode befaßte sich gestern in zwei Sitzungen bei der fortgeschrittenen Beratung der neuen Kirchenverfassung zunächst mit denjenigen Paragraphen, die den Schutz der kirchlichen Minderheiten behandeln. Dabei wurde es von verschiedenen Rednern begrüßt, daß die Vertreter der Gemeinschaften erklärt hätten, sie hätten nicht daran, die Kirche zu verlassen. Ein Vertreter der Gemeinschaften, Abg. Krämer (pos.), betonte das treue Festhalten zur Kirche. Eine von dem Abg. Weich (lia.) eingebrachte Entschließung, die sich dahin ausdrückt, daß das den Minderheiten nun eingeräumte Recht nicht zu sehr in Anspruch genommen werde, wurde abgelehnt. Die Paragraphen über den Schutz der Minderheiten wurden mit großer Mehrheit angenommen. In der Nachmittagsitzung wurde sehr eingehend über die Pfarrwahl debattiert. Von verschiedenen Seiten wurden lebhafte Bedenken gegen die Pfarrwahl geäußert. Änderungen an dem vorliegenden Entwurf der neuen Kirchenverfassung, soweit sie diesen Gegenstand betreffen, wurden aber nicht vorgenommen. In der Abend Sitzung wurde die Aussprache bei § 60 der neuen Kirchenverfassung (Parsonate) fortgesetzt. Die §§ 60 bis 72 wurden angenommen. Gestern vormittag wurde bei § 73 fortgefahren. In diesem Paragraphen und den ihm folgenden sind Bestimmungen enthalten über die Bezirksstände, über den Bezirksstandesrat und über das Defanat. Bemerkenswert ist die Einführung einer Schulstube, zu der alle Personen einzuladen sind, die den Religionsunterricht für die Jugend erteilen. Die §§ 73 bis 81 wurden angenommen.

Badischer Volkskirchenbund und Judenhege. Gegen die gegenwärtige, insbesondere von sog. Deutschnationaler Seite betriebene Judenhege, hat auch der Badische Volkskirchenbund in einer Eingabe an die außerordentliche Generalsynode energisch Front gemacht und insbesondere darauf hingewiesen, wie verwerflich und für das Ansehen der evangelischen Kirche schädlich es ist, wenn sogar Mitglieder der obersten Kirchenbehörde, wie der Deutschnationale Landtagsabgeordnete, Oberkirchenrat Wauer, im Vordergrund der antisemitischen Agitation in Baden stehen und sich in einem öffentlichen Schriftwechsel beschuldigen lassen müssen, unwahre Tatsachen, welche unsere jüdischen Mitbürger schwer beleidigen, weiter verbreitet zu haben. Die Eingabe sagt in dieser Richtung weiter: „Je weniger die parteipolitische Tätigkeit auch der Mitglieder der obersten Kirchenbehörde heutzutage einer Einschränkung unterliegt, desto deutlicher und unmissverständlich muß die höchste Vertretung der evangelischen Kirche dafür Sorge tragen, daß nicht die Gewissen zur Last gelegt wird, was Kirche als solcher zur Last gelegt ist. Der Schein der Privatmeinung eines ihrer höchsten Beamten, wäre unerwünscht.“ Der Badische Volkskirchenbund erwartet gegen diese antisemitische Agitation in der evangelischen Kirche Stellung zu nehmen.“ Auch in dieser Frage wird die Stellungnahme der Generalsynode und der obersten Kirchenbehörden mitbestimmend sein für die künftige Anteilnahme der breiten Masse des evangelischen Volkes, namentlich der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, am kirchlichen Leben.

Eisenbahnorganisationen und Reichseisenbahnen. Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben: In einer Sitzung des Reichsverkehrsministeriums in Berlin wurde dieser Tage die Frage der Vertretung der Organisationen bei den Vorarbeiten in der „Vertretungsfrage“ der Bahnen endgültig geregelt. Danach sind die Deutschen Eisenbahnbeamten- und Eisenbahnarbeiterorganisationen künftighin durch einen weiteren Ausschuss (Zer-Ausschuss) und durch einen engeren Ausschuss (Ber-Ausschuss) vertreten. In den Zer-Ausschuss werden sämtliche Organisationen eigene Vertreter; in den Ber-Ausschuss konnten nur die größten Organisationen Sitz und Stimme erhalten, so in Süddeutschland nur die freigewerkschaftliche Organisation des Deutschen Verkehrspersonals, die über 90000 Eisenbahnbeamte und Eisenbahnarbeiter an Mitgliedern hat. Der Vertreter dieser Organisation, Herr Eisenbahn-Sekretär Schänkle-Karlsruhe, hat also nebst der Vertretung der Interessen seiner Organisation im Ausschuss noch die Vertretung der Interessen aller anderen jüdischen Beamten- und Arbeiterverbände wahrzunehmen, also auch des Beamtenbundes und des Badischen Eisenbahnerverbandes.

Politiker über Oberkirchenrat. In den „Volkskirchlichen Blättern“ widmet Christian Bollert dem Landtagsabgeordneten und Oberkirchenrat Wauer folgende Zeilen: „Aus dem „Volksfreund“ entnehme ich die auch durch die bürgerliche Presse hindurchgegangene Nachricht, in ein badischer Oberkirchenrat, der deutschnationale Abgeordnete Wauer — was würde der gesamte Oberkirchenrat sagen, wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter der sozialdemokratischen Regierungspartei wäre, von der unabhängigen Oppositionspartei ganz zu schweigen? — daß dieser Herr, der sich in der badischen Kammer so gerne reden hört, es sich hat sagen lassen müssen, daß er die nichts würdige und gewissenlose Lüge, daß die Juden selbst die ihr Leben, ihre Ehre und ihr Gut bedrohende Pogrombewegung absichtlich förderten, leichtfertig weitergegeben habe.“ Herr Oberkirchenrat hat auf diesen schweren Vorwurf plötzlich das Schweigen gelehrt. — Wir aber fragen: ist dies die Ehre und die Gewissen eines evangelischen Kirchenführers? Wird Herr Wauer sich vielleicht damit entschuldigen, daß sein eigener Antisemitismus nicht bis zum Pogromantizemitismus reiche und er gerade deshalb die Augenmür vor der Provokation der Pogromstimmung durch die Juden selber weitergegeben habe? Wie würde man mit Recht entrüstet sein, wenn ein kleiner Landtagsabgeordneter dergleichen täte? Hat der Herr Oberkirchenrat so wenig Gefühl für die Würde unserer evangelischen Kirche, dann gehört er nicht an seinen Posten. Es heiße dann lieber: Politiker über Oberkirchenrat!

Was Herr Wauer nicht abhalten wird, auch fernzeitlich Politiker und Oberkirchenrat zu bleiben.

Aus dem Badischen Lehrervereine. Der Badische Lehrerverein wird am 28. und 29. Dezember eine außerordentliche Vertreterversammlung in Offenburg abhalten. Zur Beratung stehen die Schulverbesserungen des Deutschen Lehrervereins, der Ausbau der Vereinsorganisation, die Lehrplanfrage und die Junglehrerbewegung.

Verbot des Brennens von Kartoffeln. Das Ministerium des Innern hat die Verarbeitung von Kartoffeln in Brennereien mit Rücksicht auf die außerordentliche Kartoffelnot in den größten Städten unterlagt und zugleich angeordnet, daß die den Brennereien bisher zum Brennen freigegebenen und bei ihnen noch vorhandenen Kartoffeln durch die Kommunalverbände erfasst und der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführt werden. Für besondere Fälle können Ausnahmen gestattet werden. Anträge sind an die Verwaltungsabteilung der Badischen Kartoffelverwaltung zu richten.

Aus der Partei.

Ueber die bolschewistischen Unabhängigen.

Fällt unser Nürnberger Parteiblat, das lebhaft für die Einigung eingetreten ist, dieses Urteil:

Von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist nach der Leipziger Tagung kaum mehr als der Name übrig geblieben. Sie hat nun die letzten Fäden geschnitten, die sie mit ihrer Herkunft verbanden. Wie oft verhielten die großen und kleinen Wortführer der U. S. P., daß wir das Erfurter Programm betreten hätten, daß sie allein ihm in fester Treue folgten, obgleich das Gegenteil längst jedem wirklichen Kenner von Geist und Inhalt des Erfurter Programms wie der Haltung der U. S. P. vollkommen klar war.

Die falsche Draperie ist nun gefallen. Die Grundsätze des Erfurter Programms sind verlassen. Die U. S. P. ist bloß noch dem Namen nach eine sozialdemokratische Partei, gerissen sind die Bande, die sie mit den ersten 50 Jahren deutscher Arbeiterbewegung verknüpfen, in eine nebelhafte Zukunft auf unsicheren Wegen führt der Pfad von Leipzig.

Die sozialdemokratische Periode der von Haase und seinen ersten Genossen aus unserer Reihe abgesplitterten Partei ist zu Ende. Mit vollen Segeln, wenn auch mit unsicherem Steueremann, verläßt die U. S. P. das sozialdemokratische Meer und strebt nach dem kommunistischen Hafen. Sozialdemokratisch wird man die U. S. P. nimmermehr nennen können. Die Demokratie hat sie abgeschrieben und statt unseres sozialistischen Ruhmestitels wählt sie die Grundsätze der russischen Kommunisten, aber auch unabhängig kann sie sich nur fälschlich nennen. Unabhängig hatte sie sich von der alten Sozialdemokratie gemacht, und nun begibt sie sich in die Abhängigkeit von den Nachhebern des russischen Bolschewismus. Wer wie wir aus genauer persönlicher Bekanntschaft Art und Wesen, Härte und Schroffheit der Lenin und Trotzky kennt, wer sich ihrer Mängel an Elastizität und Toleranz vor Augen hält, der weiß, daß von einer Unabhängigkeit derer, die sich ihnen anschließen, besser absehen als unterordnen, keine Rede sein wird.

Völlige Unterwerfung unter das Diktat von Moskau oder neue Enttäuschungen mit darauffolgender Erschütterung stehen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bevor. Keine dieser Ausichten ist erfreulich. Nun haben wir eine proletarische Partei, die trotz aller gar eigenartigen Schwächen, die die deutsche Politik, auch der deutschen Arbeiterpolitik, die Richtlinien ihres Handelns nicht bei uns, sondern in Rußland sucht.

Der Leipziger Parteitag der U. S. P. fiel in eine Zeit, wo proletarische Einigkeit mehr denn je nottäte. Die Gefahr der Gegenrevolution ist näher gerückt. Auf dem Parteitag der U. S. P. ist dieser Bedrohung der Revolution wenig Bedeutung beigegeben worden.

Von der Wählbarkeit einer Einheit des Proletariats entfernten sich diese Bewunderer des russischen Bolschewismus und seiner Methoden der gewaltigen Liebenmellenstritten. Trotzdem werden sie versuchen, das populäre Wort von der notwendigen Einheit des proletarischen Front des Proletariats wiederholt auszusprechen, sie werden wieder erklären, daß die Einheit sofort gegeben wäre, wenn wir uns auf den Boden ihrer Grundsätze und ihrer Taktik stellen wollen. Nichts wäre gefährlicher für eine geschlossene Einheit des Proletariats als dieser, uns unzulässige Weg. Was in Leipzig beschlossen wurde, wird gewaltige Massen des Proletariats abstoßen nicht nur in den Reihen der gescheiterten Sozialdemokraten unserer Regierung, sondern unzweifelhaft auch in den Reihen der bisherigen U. S. P. selbst.

Wir beklagen die Leipziger Tagung, weil sie die Einheitsfront des deutschen Proletariats in weite Ferne gerückt hat.

Kreisbesprechung des 5. Landtagswahlkreises.

Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß die auf Montag, 15. Dezember, nachmittags nach Karlsruhe einberufene Wahlkreisbesprechung nicht um 3 Uhr, sondern schon um 1 Uhr beginnt.

Der Parteitag der U. S. P.

Leipzig, 7. Dez.

(Schluß.)

Am Samstag hielt Henke (Bremen) das Referat über die Gewerkschaftsbewegung. Er hielt eine Erklärung der Gewerkschaften unter allen Umständen für notwendig. Er wünscht eine Ausdehnung der Gewerkschaften auf Zentralverbände und Industriezweige und wandte sich scharf gegen die spindelförmigen Bestrebungen. Das überreichliche Proletariat soll aufgefördert werden, die Auslieferung von Waren an die Arbeiter zu verhindern. Nach Rußland will man eine Studienkommission entsenden, um die dortigen Verhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen. Es fand dann durch Stimmzettel die Neuwahl des Parteivorstandes statt, wozu bereits am Vormittag eine lebhaft erörterte Sitzung stattgefunden hatte. Vorgesprochen waren als Kandidaten: Crispian, Ledebour und Däumig. Crispian und Däumig sind zu Par-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruher Konzerte.

Anna Gaeger, die am letzten Mittwoch ein Konzert gab, ist eine Künstlerin von glänzendem virtuosem Können. Das Spiel, auf einem voluminösen Tone aufgebaut, besitzt eine wunderbare Klarheit; alle technischen Forderungen sind gänzlich erfüllt. Eine Leistung erster Qualität war die Chaconne von Witak, die den Abend einleitete. Die Sonate von Wolf-Ferrari erwies sich kaum des Spielens wert; dagegen war die eingeleitete Sonate von Julius Weismann ein ganz seltener Genuß, Anknüpfung der Höhepunkte des Abends. Hannas Gaeger sang Lieder von Regner, Andrae und J. Weismann, von welchen das „Gutenachtliedchen“ des letzteren ihr am besten gelang und ihren nicht allzu großen Mitteln am meisten entsprach. Julius Weismann begleitete die Vorträge mit vollendeter Künstlerfertigkeit, die stets zu neuen Entwürfen führte und wie die übrigen Leistungen zu reichem Beifall der leider sehr mäßig besuchten Säle herausforderte.

Auch der Besuch des Konzerts am nächsten Abend war recht gering und stand in keinem Verhältnis zu den vorzüglichen Leistungen der Pianistin Amelia Klose. „Modern“ ist sie nicht und will es auch gar nicht sein. Was sie gibt, ist auf guter Tradition ruhendes, künstlerisch-technisch einwandfreies Nachschaffen ohne eine zu starke eigene Note. Ein ansehnliches Beträufeln mit dem Instrument macht ihre Vorträge besonders genussreich. Besonders neuem wollen wir, eingedenk der vorzüglichen andern Vorträge, die Variationen mit Fuge von Weismann, die sie im wahren Sinn des Wortes sehr schön vortrug. Bewundernswert war das Gedächtnis der Künstlerin, die alle s auswendig vortrug. Auch die Begleitung der von Schröder-

tevorstehenden gewählt. Als Sekretäre wurden gewählt: Dittmann, Luise Zieg, Radtke, Roenen und Eißler. Es fanden dann noch die Beisitzer, Kontrollkommissions- und Beiratswahlen statt. Gegen 8½ Uhr wurde der Parteitag mit einem Schlußwort Crispians und Lipinstis geschlossen. Lipinsti schloß mit einem Hoch auf die revolutionäre Internationale.

Soziale Rundschau.

Anmeldung des Anspruchs auf den Entlassungs-Ausg.

Das Abwicklungsamt des früheren Preuß. Kriegsministeriums hat, um eine gleichmäßige Befriedigung mit Entlassungsansprüchen zu ermöglichen, eine neue Frist zur Anmeldung des Anspruchs festgesetzt. Demnach haben sämtliche ehemalige Heeresangehörige, die Anspruch auf einen Entlassungsausgang haben, aber bisher wegen Mangels an solchen oder aus anderen Gründen noch nicht abgefunden werden konnten, ihren Anspruch bei den Versorgungsstellen ihres Bezirkes (ehemal. Bez.-Abt.) bis spätestens 28. Dezember 1919 anzumelden. Wenn innerhalb dieser Frist ohne einen ausfindbaren Grund der Anspruch auf den Entlassungsausgang nicht angemeldet worden ist, verfällt der Anspruch. Für diejenigen Militärpersonen die nach dem 28. Dezember 1919 entlassen werden und Anspruch auf einen Entlassungsausgang haben, hat das Abwicklungsamt des früheren K. M. eine Anmeldefrist von 3 Monaten, vom Tage der Entlassung an gerechnet, festgesetzt. Nach Ablauf dieses verfallt der Anspruch ebenfalls. Die Versorgungsstellen (ehem. Bezirkskommandos) haben durch die Neu-Intendantur Anweisung erhalten, die geltend gemachten Ansprüche jeweils sofort zu prüfen. Alle Entlassenen, deren Ansprüche von den Versorgungsstellen anerkannt sind, werden der Reihe nach entsprechend den vorliegenden Beständen an Entlassungsausgängen abgefunden.

In Fällen dringlicher Bedürftigkeit erfolgt vorzugsweise Abfindung. Die Bedürftigkeit muß durch eine Bescheinigung der örtlichen Fürsorgestellen bzw. Bürgermeisterämter nachgewiesen werden.

Kleine Nachrichten.

Hamburg. Am Mittwoch ist nach achtstündiger Unterbrechung auf der Vulkanwerft in Hamburg die Arbeit in dem vorsehenden Umfang ohne Zwischenfall wieder aufgenommen worden.

Berlin. Aus Lübeck wird dem „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß auf dem Flugplatz Blankensee ein Flugzeug beim Landen in eine Gruppe von Militärpersonen hineingefahren ist, wobei zwei Personen getötet und eine erheblich verletzt wurde.

Berlin. Die gestrige Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat auch Geheimrat von Simson beigewohnt. Sie dauerte von 10 Uhr vormittags bis in die Nachmittagsstunden hinein. Nach der Verhandlung der Besprechung trat das Reichskabinett zu einer längeren Sitzung zusammen.

Berlin. Ueber die deutschen Vorkriegsaffen schreibt im „Berl. Tageblatt“ Graf Montgelas: Der sensationellste Teil des Publikums wird den Randbemerkungen des Kaisers ein besonderes Augenmerk schenken, dem, was während der Rhetorik zu momentanen Eingebungen aus dem Kopfe geworfen wurde, und den am Schluß eingeleiteten Verfügungen. Dazu kommt noch, daß manche dieser Schlusssätze, während andere trotz rechtzeitigen Eintreffens nicht zur Ausführung gelangen.

Berlin. Mittwoch abend begaben sich drei Beamte der Kriminalpolizei nach der Wohnung der Witwe Behrendt, wo sich angeblich die Wirtin vom Schlesischen Bahnhof aufhalten sollte. Als die drei Beamte diese Wohnung betraten, wurde auf sie ein Schußfeuer eröffnet. Sämtliche drei Beamten wurden durch Kugelerregnisse niedergestreckt und mußten in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden. Düsseldorf. Durch den Einbruch einer Betondecke wurden in einem feuerigen Betriebe eine Anzahl Arbeiter verschüttet. Drei jugendliche Arbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden. Drei weitere erlitten schwere Verletzungen. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht aufgeklärt.

Gagen. Der deutsche Verlegerverband (Verlag) nahm eine Entschädigung an, die angesichts der fortwährenden Steigerung aller Materialpreise, Bücher und Geschenke die dringende Forderung erhebt, Bezugs- und Anzeigenpreise neu festzusetzen, sobald ein Ausgleich geschaffen werde.

Aus dem Lande.

Forst, 9. Dez. Die Selbstverforgereisenschaft wurde entzogen der Rathilfe Eßborn Witwe in Forst wegen Verheimlichung von Vorräten und Gerste bei der Feststellung der vorhandenen Vorräte durch die Aufnahmekommission; die verheimlichten Vorräte wurden ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten der Reichsgerechtsstelle für verfallen erklärt.

Dambriden, 9. Dez. Die Selbstverforgereisenschaft wurde dem Landwirt Rudolf Simianer von hier wegen Verheimlichung von Vorräten und Wehl bei der Feststellung der vorhandenen Vorräte durch die Aufnahmekommission entzogen; die verheimlichten Vorräte wurden ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten der Reichsgerechtsstelle für verfallen erklärt.

Leutersheim, Amt Aßl., 9. Dez. In unserer Gemeinde ist die Maul- und Klauenseuche in erheblichem Umfang ausgebrochen. Infolgedessen hat das Bezirksamt die ganze Gemeinde als Sperrgebiet erklärt.

Hörsandberg mit mehr oder weniger großem Besatz gesungenen Lieder. Bei den Weismannledern ein eigenartiges Bild: Die Sängerin mit, die Begleiterin ohne Notenblatt.

A. Das Konzert der Karlsruher Sängerknaben am letzten Samstag anlässlich des 77. Stiftungsfestes nahm einen recht stimmungsvollen und jangeschönen Verlauf. Die Chöre, die schon in ihrer Zusammenstellung eine erfreuliche Vielseitigkeit vorweisen und wurden in allen Einzelheiten wie in der Gesamtgestaltung bestens wiedergegeben. Man hört hier einmal wieder Stimmen, die Ländere zum Beispiel nicht nur da, sie singen auch; und zwar — wie übrigens der gesamte Gesangschor! — in stets gleichwertiger Ausdrucksfähigkeit. Es zu gestalten vermag: Hugo Kahner. Ein Chorleiter, der zum reinen Meister. Das fällt man bei jedem Tone. Max Jungnis ab; noch tief der feinen Herausarbeitung der lyrischen Momente nicht verfehlen. — Einen ganz erhellenden Genuß boten die Vorträge der Bläserkapelle: mit dem Quintett in Es-Dur von Wechoborn und dem Sextett von Humle. Die Wiederholung war, was die Einzelleistung, wie das oft recht schwierige Zusammengehen angeht, gleichermaßen vollenbend. Die virtuosischen Ausführenden waren: Paul, Hofmann, Kämpfe, Spittel und Bent von Landesbühnen. Hugo Kahner, der unermüdbare, hatte den Klavierpart wie die Begleitung der Gesangschorleiter von Edith Zahig. Diese hat sich durch ihre Eingebung für die Kompositionen Hans Hermann Weblers ein unerschütterliches Verdienst erworben. Die Vorträge, die sie am Samstag von ihm brachte, entzückten wieder durch ihre schlichte und vollstimmige Innigkeit.

r. Kuppenheim, 9. Dez. In unserer letzten Mitteilungsversammlung kamen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung eine Anzahl schwerer Missethäter zur Sprache. Die Verurteilung der Dinge zur Sprache zu bringen, damit für Abhilfe gesorgt wird. Die Verurteilung findet am Samstag 13. Dezember in der „Linde“ statt. — Allgemein geht auch das Gespräch Landwirt und Gemeinderat Franz Eger habe für seinen eigenen Gebrauch eine Kuh geschlachtet mit bezirksamtlicher Genehmigung. Es ist nicht das bezir. Bezirksamt, diesen Vergehen gegenüber sich zu äußern.

Freiburg, 9. Dez. Hier haben sich schon nahezu 150 Familien bereit erklärt, Wiener Kinder aufzunehmen.

Staufen, 9. Dez. Der hiesige Kommunalverband hat die Aufforderung bekommen, daß er 177 Stück (161 Kühe, 16 Stiere, 16 Stück Jungvieh) aufzubringen habe, die 11. Preisbewerbslotterie an die Entente abgeliefert werden müssen.

Mühlheim, 10. Dez. Nach einer in elstischen Blättern erschienenen Bekanntmachung der franz. Behörden können hierher im Esch festgesetzt gemeldete deutsche Staatsbürger frühestens drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrags Naturalisationsgesuche einreichen. Hierin wird auch auf die Naturalisation angedeutet und betont, daß die Gesuche im Falle der Bereitwilligkeit zum Eintritt wohlwollend geprüft werden sollen. Das ist nichts anderes als Fremdenlegenartung.

Mannheim, 9. Dez. Das französische Oberpostamt hat in Landau bei einem Wirt aus Mannheim, der verurteilt, ohne Ausweis über die Brücke zu kommen und einem französischen Posten Geld abrot, zu 1 Monat Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 11. Dezember.

Die gestrige Parteiverammlung.

Im „Auerhahn“ hätte angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung noch besser beachtet sein dürfen.

Ura und Stadtrat S. Ged referierte in einem instruktiven Vortrag über Die neue Gemeindeverfassung. Zur großen und ganzen hörte man keine unfreundlichen Stimmen über den neuen Entwurf, dessen fortgeschrittener Charakter durch nicht so in die Erscheinung trat, daß schon die Novelle vom 13. März 1919 mit ihren großen Fortschritten auf dem Gebiete des Wahrschicks vorangegangen ist. Anstelle der früheren Gemeinde- und Städteordnung steht der Entwurf nun eine Gemeindeordnung mit einem viel weiter gehenden Selbstbestimmungsrecht gegenüber der alten Verfassung vor. Die Polizei, mit Ausnahme der Sicherheitspolizei in besonderen Fällen, geht in die Hände der Gemeinden und Städte über. Eine ständige Frage bildet das System der inneren Verwaltung, ob Ein- oder Zweikollegialsystem. Letzteres hat sich bei uns eingebürgert und bewährt, trotzdem der Geschäftsgang dabei etwas verlangsamt wird; aber das Zweikollegialsystem ist etwas demokratischer und z. B. auch in der Schweiz mit seinen alten demokratischen Einrichtungen durchgeführt. Zu befehlen ist das Alternativsystem, nach dem jede Gemeinde ihre Körperschaftsform selbst wählen könnte. Die Idee der befristeten Stadträte ist aus der Praxis heraus geboren und deren Durchfuhrung sehr zweckmäßig. Die Rechte des Bürgerausschusses sind sehr weit gehende, da ihm die wichtigsten Gemeindeangelegenheiten zur Beschlußfassung vorkommen, wie z. B. das Budget, Vermögensverwaltung, Erhaltung von Gemeindeunternehmungen usw. Nicht angängig ist die von einigen Seiten gewünschte Besprechung von sog. Kleinen Anfragen, da sie zu große Debatten mit sich bringen würde und nichts positives dabei herauskäme. Zu begrüßen ist die Entlastung der Bürgermeister von der Verantwortlichkeit für gewisse Gemeindeunternehmungen, die nach dem Entwurf an die beschließenden Ausschüsse übergeht. Die Bewilligung weitgehender Rechte an die Techniker, wie sie auch im Entwurf vorgesehen, greifen zum größten Teil der Gemeinden. Eine beschließende Vertretung der Techniker im Gemeinde- bzw. Stadtrat ist abzulehnen, da man als Demokrat an dem Grundsatze festhalten müsse, daß nur gewählte Vertreter dem Kollegium angehören sollen. Was die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten anbelangt, sind dieselben unter Berücksichtigung der Wünsche ihrer Organisationen in modernem Sinne erledigt worden. Eine vollständige Neuregelung erfährt das System der Aufbringung der Mittel der Gemeinde, da in Zukunft den Gemeinden sog. Quoten vom Reiche und Staat zugewiesen werden, sobald die Gemeinden dazu wohl noch keine Zusätze erheben können. Nebenher bezeichnen den Entwurf als eine wichtige Reform, dazu angehen, auch unsere Gemeinden eine demokratisch-republikanische Verfassung zu geben. Wenn das Volk über die Wichtigkeit der Gemeindepolitik aufgeklärt wird, so wird auch das Interesse an derselben steigen und das Maß der Verfassung, mit dem nach und nach das sozialistische Endziel erreicht werden wird. Das Referat fand großen Beifall und reges Interesse.

An den Vortrag schloß sich eine lebhaft Diskussion an. Gen. A. belebte demgegenüber, daß die Allmendfrage im neuen Entwurf nicht der Zeit entsprechend geregelt ist. — Gen. W. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann.

Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann.

Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann.

Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann.

Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann.

Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann.

Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann. — Gen. K. rief für ein Eincollegialsystem und hält es nicht für gut, daß der Staat über die Sicherheitspolizei verfügen kann.

Leipheimer & Mende

empfehlen

Herren- und Damen-Stoffe, Samt, Seide, Baumwoll- und Wäsche-Stoffe, Mantel-Stoffe, Plüsch, Vorhänge, Decken für praktische und hochwillkommene

Weihnachts-Geschenke.

Sozialdemokratische Partei

5. bad. Landtagswahlkreis

umfassend die Amtsbezirke Baden-Baden, Nassau, Ettlingen, Karlsruhe, Durlach, Forstheim, Bretten und Bruchsal, mit Ausschluß des Amtsgerichtsbezirks Philippsburg.

Für obgenannte Amtsbezirke findet am Montag, den 15. Dezember, nachm. 1 Uhr, in Karlsruhe im Restaurant „Tiergarten“, 2. Stock, gegenüber Hauptbahnhof, Eingang Neue Bahnhofstraße, eine

Wahlkreis-Konferenz

statt mit folgender Tages-Ordnung:

1. Die Abgrenzung der neuen Landtagswahlkreise nach den Beschlüssen des Bezirksvorstandes und des Bezirksauschusses.

2. Wahl des Vorstandes, an welchem die künftige Kreisparteileitung ihren Sitz hat.

3. Die organisatorischen und wahltechnischen Vorbereitungen zu den im kommenden Frühjahr stattfindenden Reichstagswahlen.

Überwachen wir die Organisationen ein, ihre Vertreter zu entsenden. 8833

J. N.:

Der Vorstand des alten 10. badischen Reichstagswahlkreises.

Die Wahl der Vertreter erfolgt nach der Mitgliederzahl. Zur Konferenz können entsenden:

Ortsvereine bis 100 Mitglieder	1 Vertreter
800	2
600	3
1000	4
Für je weitere 1000	1 mehr.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Konferenz nicht um 3 Uhr sondern schon

nachm. 1 Uhr beginnt.

Durlach Durlach

Arb.-Radfahr.-Bund Solidarität.

Samstag, den 14. Dezember, nachmittags 1/2 4 Uhr, findet in den Lokaltäten des „goldenen Bienen“ unsere

Weihnachtsfeier

statt, wozu wir hiermit ganz ergebenst einladen. Der Vorstand.

„Selbsthilfe“

Bereinigung der aus hilfsweise Angestellten (eingetragener) Karlsruhe.

Unsere Geschäftsstelle befindet sich Hirschstraße Nr. 1, parterre und ist an

Werktagen nachmittags v. 1 bis 7 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Circus Henny (Winterbau)

Karlsruhe — Meßplatz.

Haltestelle vor und nach der Vorstellung

Nur noch 4 Tage! 8880

Heute Gala-Vorstellung

mit dem Riesen-Wellstadt-Programm.

Vorverkauf bei Pfeiffer, Zigarrenhaus, Markt- platz, und an der Zirkuskasse 1. Die Direktion.

Nur wenige Tage in Karlsruhe.

Täglich

im großen Saale des Friedrichshofes

Mag Eigl's großes anatomisches Museum aus München

Der Mensch

sein Entstehen und Vergehen.

Wissenschaftlich! Warnend! Belehrend! Von hervorragenden Universitätsprofessoren glänzend begutachtet! Die Präparate stammen zum größten Teil aus der Anatomie des berühmten Anatomen Paul Zeiller an der Universität in München.

Personen unter 18 Jahren ist der Zutritt polizeilich nicht gestattet.

15 Abteilungen: Alles ohne Nachzahlung.

Außerdem die Original-Mumie

„Julia Pastrana“

die interessanteste Frau, welche je lebte. 8683

Wegen des gemeinnützigen Zweckes ermäßigter Eintrittspreis: einschl. Steuer Mk. 1.50.

Täglich geöffnet von früh 9 Uhr bis Eintritt der Dunkelheit.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 11. Dezember 1919. 8883

Die Condottieri.

Schauspiel in 4 Akten von Rudolf Herzog. Anfang 7 Uhr. (M. Pr.) Ende 1/2 10 Uhr.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Freitag, den 12. Dezember bis Montag, den 15. Dezember 1919, in den Fettverkaufsstellen Nr. 117 bis Nr. 125 einschl. ist an die dort eingetragene Rumpfabrik gegen die Warenkarte 1 Nr. 126.

Kopfmenge 1/2 Pfund. Preis Mk. 1.20 für das Pfund. Karlsruhe, den 10. Dezember 1919. 8689

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Weiterwagen

in kräftiger Bauart, äußerst vorteilhaft im Korbwarenhaus C. Gundlach Nachf.

Inhaber Otto Weber. 20 Schützenstraße 20. 8681

Dankbar

sind alle Eheleute u. Frauen für meine wichtigen Gratisprospekte: B. Senden Sie sol. Ihre Adresse an J. Kröll, Gurellay 1/K. 1 (Marsberg). 8129

Gebrauchter Puppenportwagen

zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 100 an das Volksfreundbüro erbeten

Tages-Ordnung

zu der am Dienstag, den 16. Dez. 1919, vormittags 9 Uhr im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden

Bezirksratsitzung.

I. Öffentliche Sitzung.

Verwaltungssachen

- Gesuch der Witwe Anna Freudenberger hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schanzwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Durlacherstraße 33 hier.
- Gesuch des Franz Wagner, Metzger hier, um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftsfonction mit Branntweinschank vom Hause Marientstraße Nr. 1, „Babischer Hof“, nach Ruffenstraße Nr. 47/49, „Gartenlaube“.
- Gesuch des Schauspielers Constantin Bergner in Karlsruhe um Erlaubnis zur Veranstaltung von Pantomimen.
- Gesuch des Josef Adam, Wirt hier, um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftsfonction von der Schanzwirtschaft „Zum Storchennest“ in Karlsruhe nach der Gastwirtschaft „Zum Hirsch“ in Amlingen.

II. Nicht öffentliche Sitzung.

- Festsetzung der Bezirksratsitzungen im Jahre 1920.
- Die Ernennung von Sachverständigen zur Abschätzung von Kurshäden für 1920.
- Ernennung mehrerer Schatzungsratsmitglieder für den Schatzungsrat Karlsruhe.
- Abhör der Gemeinderrechnung von Eggstein vom Jahre 1918.
- Abhör der Gemeinderrechnung von Stuttgart vom Jahre 1918.
- Festsetzung von Unterstützungen für Familien in den Dienst getretener Mannschaften. Karlsruhe, den 9. Dezember 1919. 8887

Bezirksamt. O.B. 850

Den Ortsbauplan für die Oststadt hier die Festhaltung der Straßen- und Bauflächen für das Gebiet zwischen Karl-Wilhelmstraße und Durlacher Allee östlich der Malz- und Lullastrasse betr.

In der Bezirksratsitzung vom 23. September 1919 wurden gemäß §§ 3, 5 des Ortsstrahengesetzes vom 15. Oktober 1908 die Straßen- und Bauflächen für das Gebiet zwischen Karl-Wilhelmstraße und Durlacher Allee, östlich der Malz- und Lullastrasse, nach Maßgabe des Antrags des Stadtrats vom 24. März bezw. 1. August ds. Jrs. und dem vorgelegten Plane festgesetzt.

Der Plan liegt während 2 Wochen vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung an auf dem Rathaus, 3. Stock, Zimmer Nr. 100, zur Einsicht offen. Karlsruhe, den 6. Dezember 1919. Bezirksamt. O.B. 826.

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.

An dem Gehöft des Hermann Schmid in Oberader, Amt Bretten, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Das verseuchte Gehöft und die Mönchsgasse in Oberader bilden einen Sperbezirk im Sinne der §§ 161 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz, die Gemeinde Oberader ist Beobachtungsgebiet im Sinn der §§ 166 ff. a. a. O. Die Bestimmungen des § 168 der Ausführungsverordnungen zum Reichsviehseuchengesetz bleiben auf die Gemeinde Oberader beschränkt. 8686

Karlsruhe, den 8. Dezember 1919. Bezirksamt. — Volksgesundheitsamt.

An dem Gehöft des Leopold Köhler in Spöck ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Der Durchtrieb von Klauenstücken durch Spöck ist verboten. Karlsruhe, den 9. Dezember 1919. Bezirksamt. O.B. 829.

Die Ausübung der Fischerei in der Alb auf der Strecke von der hohen Brücke bei Ettlingen bis zur Appenmühle Wehr soll für die Zeit von jetzt bis einschließl. Martini 1921 neu verpachtet werden. Termin für die Verpachtung findet im kleinen Sitzungssaal des Rathauses dahier, 2. Stock, Zimmer Nr. 70 am 18. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr, statt.

Die zu verpachtende Strecke ist in 3 Lose eingeteilt, und zwar:

Los 1: von der hohen Brücke bis zur Reiberbachemündung 3500 m, davon 490 m auf Ettlinger Gemartung;

Los 2: Reiberbachemündung bis Siemensstrassen-Brücke 3100 m;

Los 3: Siemensstrassen-Brücke bis Appenmühler Wehr 2900 m.

Die Entwürfe zu den Pachtverträgen liegen nebst einer Planstige, aus der die Fischereigebiete ersichtlich sind, im Rathaus, Zimmer Nr. 60, zur Einsichtnahme offen. Karlsruhe, den 1. Dezember 1919. Der Stadtrat.

Volkschule Karlsruhe.

Der Ganztagskurs der Schillerstraße, Kapellenstr. 1 wird nach der Karl-Wilhelm-Schule (Karl-Wilhelmstraße) verlegt u. ist wieder von 1/2 8 Uhr morgens geöffnet. 8677

Karlsruhe, 10. De. 1919. Volksschulrektorat.

Kragen

Schorpp

liefert in 8 Tagen Stärke-Wäsche

Annahmestellen: Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kaiserstrasse 34 u. 243, Gerwigstrasse 46, Amalienstrasse 64, Waldstrasse 15, Wilhelmstrasse 82, Augustastrasse 13, Schillerstrasse 18, Kaiserstr. 87, Gabelsbergerstrasse 1, Rheinstrasse 18. Durlach: Hauptstrasse 15.

Wir sind Käufer

für jedes Quantum Welsch Korn. Geällige Offerten erbittet Städt. Landwirtschaftsamt Karlsruhe-Rübburg

Sie sparen Geld, wenn Sie Pelse, Muffe Plüsch-Garnituren

Daniels Konfektions-Haus Wilhelmstrasse 34, 1 Tr. kaufen. Keine Ladenspesen.

Millionen-Artikel

zu spottbilligen Preisen hat abzugeben 8678

Fritz Schwall, Bräunlingen, bei Donaueschingen.

Vertreter überall gesucht. Sämtliche Sorten

Selle

läuft zu höchsten Tagespreisen

M. Kleinberger, Karlsruhe

Schwabenstr. 11. Tel. 835. Händler erhalten Vorgangspreise und erbitten Angebote. 7081